Basisdemokratische Partei Deutschland
Kreisverband Osnabrück

Per Mail

An die Redaktion der Neuen Osnabrücker Zeitung

und Herrn Steffen (verantwortlich für den Artikel vom 13.03.2025)

Osnabrück, den 08.04.2025

Presseerklärung in Form eines offenen Briefes

Stellungnahme zur Berichterstattung über die Basisdemokratische Partei Deutschland („die Basis“) in der NOZ vom 13.3.2025

Bevor wir zu einigen ausgesuchten Aspekten des obigen Artikels Stellung beziehen, möchten wir vorab unser Fazit ziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine ernsthafte journalistische Auseinandersetzung mit unserem basisdemokratischen Ansatz und den Hintergründen der Corona-Proteste weiterhin nicht erfolgt. Wir laden die NOZ gerne zu einem offenen Dialog ein, um unsere Positionen darzulegen und zur sachlichen Debatte beizutragen.

Nun möchten wir aber zwei wesentliche Aussagen des Artikels gezielt kommentieren.

In dem Artikel wird erwähnt, dass sich „die Basis“ als „größte Demokratiebewegung in Deutschland“ bezeichnet. Der Hintergrund dieser Aussage wird nicht erläutert. Unser basisdemokratischer Ansatz ermöglicht eine völlig neue politische Struktur, die mehr Macht in die Regionen gibt und von unten nach oben aufgebaut ist. Während klassische Parteien eine zentralistische Entscheidungsstruktur haben, basiert „die Basis“ auf direkter Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Mitglieder. Dieser Ansatz bringt neue Perspektiven in die politische Landschaft ein und ermöglicht eine stärkere Bürgerbeteiligung als in herkömmlichen Parteiensystemen. Wir haben diesen Sachverhalt bereits in unserer Presseerklärung vom 12.12.2024 erläutert.

Ebenfalls nicht dargestellt wird unsere potentiell inhaltliche Vielfalt. Mit Schreiben vom 7.7.24 an die NOZ hatten wir dieses bereits erläutert. Im Unterschied zu den etablierten Parteien haben wir keine festgelegte politische Ausrichtung. Diese ergibt sich vielmehr durch die Mitglieder und kann Aspekte des gesamten politischen Spektrums umfassen. Hierdurch wird eine vielfältige Politik ermöglicht, die theoretisch am ehesten dem tatsächlichen in der Bevölkerung gegebenen politischen Spektrum gerecht wird.

Auch wenn unsere personellen Ressourcen bescheiden sind, nutzen wir unsere Möglichkeiten im Osnabrücker Kreistag. Anita Haunhorst setzt sich beispielsweise für Transparenz in der Verwaltung ein, thematisiert die Folgen der Corona-Politik, stellt unter anderem Anfragen zum Erhalt des Bargeldes und widmet sich friedenspolitischen Fragen. Ihre Arbeit zeigt, dass wir uns nicht auf Einzelthemen reduzieren lassen, sondern eine breite, werteorientierte Politik vertreten.

dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Kreisverband Osnabrück

Zur Einordnung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen

Besonders kritisch sehen wir die Formulierung, dass „polemische Kritik an den Regeln zur Pandemiebekämpfung damals Konjunktur hatte“.

Diese Darstellung ignoriert die inzwischen veröffentlichten Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI). Diese belegen, dass es sich bei den Corona-Maßnahmen im wesentlichen um politisch getriebene Aktionen handelte.

Durch diese Maßnahmen wurden Grundrechte massiv eingeschränkt, eine gesellschaftliche Spaltung durch einseitige Berichterstattung herbeigeführt und gesundheitliche Schäden – insbesondere durch die „Impfung“ – in Kauf genommen. Ergänzend möchten wir noch bemerken, dass die „Ungeimpften“ während der Corona-Krise Sozial- und Medial gebrandmarkt wurden.

Besonders betroffen während der Corona-Krise waren die Schwächsten unserer Gesellschaft. Alte und kranke Menschen, die in Isolation lebten und oftmals ohne ihre Angehörigen sterben mussten. Kinder, litten unter Schulschließungen, Maskenpflicht und sozialer Isolation. Viele leiden bis heute unter den psychischen und gesundheitlichen Folgen dieser Maßnahmen.

Vor den geschilderten Hintergründen ist es aus unserer Sicht unverständlich, dass die NOZ Proteste und kritische Auseinandersetzungen mit den Corona-Maßnahmen als „polemisch“ abtut.

Vielmehr wäre es angebracht, die aktuelle Faktenlage zu berücksichtigen und sich kritisch mit den politischen Entscheidungen jener Zeit auseinanderzusetzen.

Eine offene Frage, die sich hier stellt, lautet: Wie positioniert sich die NOZ heute zu den Maßnahmen und der „Impfung“ im Kontext der veröffentlichten RKI-Protokolle?

Würden Sie mit dem heutigen Wissen die Maßnahmen von damals unterstützen? Wenn nicht, dann stellt sich die Frage, warum Sie in Ihrem Artikel die Demonstrationen pauschalierend als polemisch abwerten.

Mit freundlichen Grüßen,
der Vorstand
dieBasis
Kreisverband Osnabrück

Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis
Kreisverband Osnabrück (dieBasis-Os.de)
Bramscher Str. 42, 49088 Osnabrücker
Doppelvorstand Anita Haunhorst und Josef Bruns